



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VI/248 - 24.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Wieder die alte Tour Moskaus ?	S. 1
Frankreichs schwächste Stelle	S. 3
Ost-Verbindungen der SRP	S. 5
Der Fehlschlag von Neapel	S. 7

Interessante Richtlinien

P.R. "Wir haben uns durch die Frage der Wahlen von unserer Hauptaufgabe, der gesamtdeutschen Beratung, abdrängen lassen. Wenn wir bei diesem Fehler beharren, würde das praktisch bedeuten, daß wir zu der Lösung der sozialdemokratischen Partei kämen" - so etwa heißt es in nichtveröffentlichten Richtlinien des Zentral-Komitees der SED von Mitte Oktober. Es ist darin weiter davon die Rede, daß es die Aufgabe der SED in Westdeutschland sei, "die ganze Kampagne systematisch fortzusetzen, nachdem den fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland durch den Volkskammer-Appell Luft geschaffen und das Terrain bereitet" sei.

Töne der Art, wie sie sich in diesen interessanten Richtlinien finden, hat man auch in einem Artikel der "Täglichen Rundschau" von Wilhelm Kotzen vom 20. Oktober vernommen. Dort wurden bei dieser Gelegenheit die Namen des früheren Bundesinnenministers Heinemann, der Zentrums-Abgeordneten Frau Helene Wessel und des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth genannt, als Persönlichkeiten, bei denen man Ansatzpunkte für die Weiterführung der eigenen politischen Absichten zu finden hoffe.

Mit solchen Äußerungen wird deutlich, daß sich in der Frage der gesamtdeutschen Beziehungen nach dem Volkskammer-Appell vom 15.9. auf der Seite des Ostens eine Wendung vorbereitet, die im Grunde eine Rückkehr zur alten Konzeption bedeutet. Das Angebot sogenannter freier Wahlen durch die Ostzonen-Regierung würde sich damit als ein Umweg zu dem alten Ziel der voraussetzungslosen Gespräche, der kommunistischen Infiltration Westdeutschlands und der Gegnerschaft gegen jede ernstgemeinte Maßnahme zur Herbeiführung wirklich freier Wahlen als erstem Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands enthüllen.

Wenn man jetzt wieder auf die alte Linie zurückschalten

sollte, dann wäre damit zunächst einmal ein erster Nachweis dafür erbracht, daß es dem Osten mit der Propagierung freier Wahlen in ganz Deutschland nicht ernst gewesen ist. Dies ist ohnehin vielfach vermutet worden, aber es mußte eben aus politischen und propagandistischen Gründen auch bewiesen werden. Das geschah dadurch, daß von den maßgebenden Instanzen des Westens den östlichen Stellen so konkrete und überzeugende Voraussetzungen für solche Wahlen genannt wurden, daß selbst Grotewohl nicht umhin konnte, sie "zum überwiegenden Teil" für annehmbar zu erklären, wenn er sich nicht vor aller Öffentlichkeit der Sabotage des eigenen Vorschlages schuldig machen wollte. Freilich sind praktische Konsequenzen daraus nicht gezogen worden.

Für die Bundesrepublik aber kann sich aus alledem - vor allem, solange der Osten sich noch nicht offiziell zur neuen Linie, die die alte ist, bekannt hat - nur die Verpflichtung ergeben, weiterhin mit größtem Nachdruck auf der Realisierung der Voraussetzungen zu beharren, die allein die Gewähr für ein ehrliches Spiel geben: Eine klare Wahlordnung, eine Garantie der persönlichen Sicherheit, die Probewahl in Berlin und die westalliierte Initiative in Moskau, die dazu notwendigen interalliierten Vereinbarungen zu treffen. Allein die Beschlüsse von Bundesregierung und Bundestag vom 27. September können, soweit der Westen in Frage kommt, bestimmend für den Fortgang der ganzen Operation sein und es ist bedauerlich, daß nach diesem Tage schon manche Äußerungen gerade des Bundeskanzlers den Eindruck erwecken mußten, diese Plattform sei schon nicht mehr allein gültig.

Dr. Schumacher hat bereits am 9. Oktober in Hamburg davon gesprochen, man müsse sich darüber im klaren sein, daß der Osten versuchen werde, über die Köpfe der Bundesregierung und der Parteien hinweg, möglichst viele Leute "auf sowjetischen Vordermann zu bringen". Die Methode der Nationalen Front sei von neuem aktuell und er erklärte weiter, es sei damit zu rechnen, daß der Kummel, mit von der SED ernannten Vertretern zu einer gesamtdeutschen Repräsentation zu kommen, alsbald wieder losgehen werde. Besonders christliche und bürgerliche Elemente würde man dann zu engagieren suchen (wie das Können mit den von ihm genannten Namen ja wirklich getan hat). Die eingangs erwähnten interessanten Richtlinien zeigen, wie sehr Schumacher damit recht gehabt hat.

Wenn es schließlich doch nicht zu freien gesamtdeutschen Wahlen kommen sollte, dann muß wenigstens in Form eines unübersehbaren Beweises endgültige Klarheit darüber geschaffen sein, daß es der Osten war, der diese Wahlen nicht wollte. Von den Leuten der SED weiß man ja gewiß seit langem. Der Kreaml hat sich bisher dazu noch nicht verbindlich geäußert.

+ + +

Eine Fünfte Kolonne von Format

K.K.-B. - Paris

Es ist kein Geheimnis, daß die kommunistischen Kräfte allein in Italien und in Frankreich eine Macht darstellen, die im entscheidenden Augenblick der Atlantikpakt-Front wesentliche Schwierigkeiten bereiten kann. Beide Länder sind Herzstücke des westlichen Verteidigungssystems und ihre Anfälligkeit würde Lücken aufreißen, die die Wirksamkeit des gesamten Apparats in Frage stellen könnten.

Die Situation in Frankreich weist besondere Aspekte auf.

Hier ist ein höchst beunruhigendes Phänomen festzustellen, das im gesamten Westen vielleicht einzigartig ist und keinerlei Parallele aufweist, die breiten Sympathien nämlich, die der Kommunismus in den maßgeblichsten Schichten der "Intelligenzia" genießt. Es ist erstaunlich, in welchem Maße es einer übrigens ungewöhnlich geschickten, gewandt jonglierenden Propaganda gelungen ist, sich intellektuelle Tresore zu erschließen, die ihr im allgemeinen in allen anderen Ländern verschlossen geblieben sind. In den Universitäten ist der kommunistische Einfluß enorm, annähernd 40 Prozent der Professoren sind entweder engagierte Kommunisten, Sympathisierende oder bestenfalls wohlwollend "neutralisiert".

Ein kommunistisches Manifest oder eine der vielfachen getarnten Unterorganisationen der KP kann stets mit hunderten von Unterschriften prominenter Professoren, Dozenten und Lehrkräfte höherer Schulen rechnen, gar nicht zu sprechen von dem massenhaften Zustrom aus Künstlerkreisen, der geradezu aufsehenerregend ist. Ein wesentlicher Teil der besten französischen Film-Regisseure tendiert zur revolutionären Linken, Schauspieler von Format und von Weltruf setzen sich aktiv für kulturelle Ziele des Kommunismus ein und in den bildenden Künsten sind tragende Namen von universeller Bedeutung Anhänger oder selbst enthusiastische Mitglieder der französischen stalinistischen Partei.

In der schriftstellerischen Welt ist der kommunistische

Einfluß womöglich noch dominierender. Lyriker von unbestreitbar großem Talent fabrizieren delirierende Stalin-Hymnen, Roman-Autoren, deren Qualität nicht zu diskutieren ist, verschließen sich mit fanatischer Blindheit allen Realitäten und sehen in Moskau und seinem gesellschaftlichen Aufbau das Modell einer besseren Welt sozialer Gerechtigkeit und kulturell-schöpferischer Blüte. Unmöglich, mit ihnen sachlich zu diskutieren; sie lehnen alle Argumente mit überlegener Ironie ab und charakterisieren jede objektive Feststellung über die sowjetischen Konzentrations- und Zwangsarbeitslager als tendenziöse Greuelmärchen. Die brilliantesten Dialektiker, Männer von Geist und universeller Kultur, sinken zu vulgären Statisten einer seelenlosen Maschinerie herab, wenn man die Unfehlbarkeit Stalins und seiner Männer anzuzweifeln wagt.

Die Ansteckung ist allgemein und geht sichtlich in die Tiefe; ihre gefährlichen und verheerenden Auswirkungen sind unverkennbar und der demoralisierende Einfluß, der von den "Neutralisten" ausgeht, ist ganz zweifellos auf das Resultat einer methodischen Miniararbeit zurückzuführen.

Die Kommunisten üben auf mehrere literarische Zeitschriften einen beherrschenden Einfluß aus und diese Zeitschriften haben Auflagen, die sie zu höchst interessanten Instrumenten der kommunistischen Kulturpropaganda machen. Dazu kommt, daß kommunistisierende Schriftsteller von unbestreitbarem Prestige sich selbst in konservativen Blättern eingenistet haben, wo sie, auch fernab vom politischen Thema, gewisse Grundthesen der kommunistischen Propaganda als gewandte intellektuelle Schmuggler einzufiltrieren wissen.

Es ist schwierig, die vielfachen Querverbindungen dieser intellektuellen Vermachtstellung des Kommunismus in Frankreich auf den ersten Blick zu entdecken; die Infektion hat sehr verschiedene Grade und es gibt in der geistigen französischen Welt gewisse wohlmeinende und nichtsahnende Statisten, die gar nicht wissen, welchen Zielen manche ihrer Gesten dienen.

Hier ist ein psychologisches Waffenarsenal ersten Ranges, dazu bestimmt, jene Atmosphäre der Kapitulation vorzubereiten, die an zersetzender Kraft stärker als die modernsten Waffen der physischen Vernichtung sein kann.

Die östlichen Quellen der SRP

(ap) Die Zusammensetzung ihrer Führungsgruppe, Organisation, Aktionsprogramm und Satzung, sowie vor allem ihre bisherige politische Tätigkeit beweisen, daß die SRP keine demokratische, daß sie vielmehr eine neofaschistische Partei ist. Aber das ist sie nicht allein. Frühzeitig schon konnte man aus mancherlei Anzeichen und Äußerungen ihrer maßgebenden Männer schließen, wie sehr sie auch national-bolschewistische Züge im Sinne der ostzonalen Nationalen Front trägt. So erklärte Remer am 8.1.1951 in Wolfenbüttel: "Es bleibt uns tatsächlich jetzt nichts anderes übrig, als dem Russen als Verkehrspolizei zu dienen, damit er sich möglichst schnell nach dem Westen zu begeben hat".

Jetzt hat die "Münchener Illustrierte" gerade für diese These der engen Verbundenheit der SRP mit der politischen Führung im Osten sehr wichtiges Beweismaterial erbracht. Sie veröffentlicht im Auszug faksimilierte Ausführungen des ehemaligen SRP-Vorsitzenden für Berlin, Eberhard Stern, die dieser vor einem Münchner Notar in Form einer eidesstattlichen Erklärung gemacht hat. Darin heißt es u.a. wörtlich:

"Am 23. September 1950, mittags 12 Uhr, erklärte mir das SRP-Parteiratmitglied Graf von Westarp in seiner Wohnung, Hannover, Fichtestraße 29, wörtlich, er erwarte gegen 15 Uhr einen KPD-Funktionär aus Hannover, um mit ihm finanzielle Dinge zu besprechen. Graf Westarp sagte weiterhin, man müsse ja wissen, wie man finanziell am besten auskomme.

In meiner Wohnung erschien auf Wunsch des damaligen Zweiten Parteivorsitzenden der SRP und jetzigen Mitglieds des Parteilates, Dr. Gerhard Krüger, der frühere Staatsanwalt und Oberst Pilz mit einem handschriftlichen Schreiben von Herrn Dr. Krüger. Er bat um Auskünfte der SRP-Zusammensetzung in Berlin und erkundigte sich bei mir nach den finanziellen Verhältnissen der SRP in Berlin. Ich selbst fragte unverzüglich bei Dr. Krüger schriftlich nach, ob er sich der Verbindungen des Dr. Pilz mit dem Osten bewußt sei. Dr. Pilz ist Stellvertreter des Volkspolizeigenerals Vinzenz Müller sowie führendes Parteimitglied der sowjetisch lizenzierten National-Demokratischen Partei. Mündlich bestätigte mir Dr. Krüger seine alte Freundschaft mit Pilz und seine

Zusammenarbeit mit ihm beim NS-Außenministerium. Am 20. August 1950 bestätigte mir Dr. Krüger schriftlich seine alte Bekanntschaft mit Pilsz, behauptete aber überraschenderweise, ihn aus den Augen verloren zu haben.

Der Journalist und das frühere Vorstandsmitglied der SRP, Kamphausen, übergab mir zur Einsichtnahme und Abschrift am 30. Juni 1950, um 23.25 Uhr, in einer öffentlichen Dienststelle ein Dokument, aus dem hervorgeht, daß die SRP nicht nur sowjetische Verbindungen gesucht hat, sondern auch Nutznießer, und zwar in den ersten Februartagen und Märztagen 1951, dieser Verbindungen wurde. Erstmals erhielt Graf Westarp, wie aus dem Dokument ersichtlich wurde, aus der Hand des Grafen Rolf von Thun, Verbindungsmann des SED-Politbüros, in seiner Wohnung, Hannover, Fichtestraße 29, einen Betrag von 32000 M-West. Dies geschah, nachdem - nach anfänglichen Widerständen - eine Einigung über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zustande gekommen war. Meine Erfahrungen, insbesondere im Fall eins und zwei, bestätigten mir die Authentizität des Dokuments".

Die genannte Wochenschrift erwähnt dann "ein anderes Dokument aus den Archiven des ehemaligen Landesvorsitzenden der SRP", einen Brief des Verlegers und Hauptschriftleiters des seinerzeitigen Remer-Blattes, an Stern, in dem es u.a. wörtlich heißt:

"Ich nehme Bezug auf unser gestriges Telefongespräch und möchte Sie bitten, diesen Brief vertraulich zu behandeln. Wie Ihnen bekannt ist, konnte unsere DRZ (Deutsche Reichszeitung - Anm.d.Red.) seit einiger Zeit nicht mehr erscheinen. Die Gründe dafür sind Ihnen bekannt und bedürfen wohl keiner Erläuterung. Es besteht zwar noch die Möglichkeit, daß in Kürze mit dem Wiedererscheinen zu rechnen ist, da Dr. K. größere Geldsummen zugesagt bekam, um eine Verlags-GmbH. auf die Beine zu stellen. Jedoch ist daran eine Bedingung geknüpft, die mir wohl eine Weiterarbeit nicht mehr gestatten wird". - Es heißt dann weiter: "Ich nehme an, lieber Kamerad Stern, daß Sie manches zwischen den Zeilen lesen werden, und daß Kamphausen, den ich hiermit autorisiere, Sie über unser Gespräch zu informieren, Ihnen das übrige erzählen wird".

Die "Münchener Illustrierte" fügt hinzu: "Was Eberhard Stern zwischen den Zeilen lesen sollte, war klar: Die Geldzuwendung war mit dem Verzicht auf die ostdeutschen Gebiete verbunden".

Ein Opfer der Aufrüstung

(sp) Von der deutschen Öffentlichkeit fast unbemerkt, ging nach vierzehntägiger Dauer die Auswanderungs- und Siedlungs-Konferenz von Neapel ohne greifbare Resultate zu Ende. 300 Delegierte - darunter auch eine deutsche Abordnung - aus 32 Ländern nahmen an dieser Konferenz teil. In der Sache war sie ein Fehlschlag. Einberufen von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Genf), sollte sie nach Mitteln und Möglichkeiten suchen, die segensreiche Arbeit der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) fortzusetzen. Die IRO stellt Ende dieses Jahres ihre Tätigkeit ein.

Der Konferenz lag noch ein von der IRO ausgearbeiteter Plan zugrunde, der für die nächsten zehn Jahre eine Auswanderung von 1,7 Millionen Menschen vorsah. Insgesamt warten etwa fünf Millionen aus mittel- und südeuropäischen Ländern auf die Auswanderung. Das überbevölkerte Italien stellt das Hauptkontingent. Selbst Holland meldete einen Bevölkerungsüberschuß von 65000 Menschen an; die Zahl der Auswanderungslustigen und jener, die keine Aussicht haben, im Wirtschaftsleben ihrer Heimatländer Fuß zu fassen, geht allein in Deutschland und Österreich in die Hunderttausende.

Der Plan der IRO, wenigstens für 1,7 Millionen Menschen eine neue Heimat in Übersee zu finden, ist jetzt in's Wasser gefallen. Seine Verwirklichung wäre nur mit einer amerikanischen finanziellen Unterstützung möglich gewesen. Es handelt sich um einen einmaligen Gesamtbetrag von etwa 1/4 Mrd. Die Vereinigten Staaten geben aber jährlich rund 60 Mrd. Dollar für Rüstungen aus. Für die Finanzierung dieser Auswanderungs- und Siedlungspläne waren sie nicht zu haben, obwohl sich viele Länder bereit erklärten, europäische Auswanderer aufzunehmen. Kanonen haben den Vorrang vor dem Siedlungshaus in Übersee.

Dabei liegen die Gefahren, die sich aus dem wachsenden Bevölkerungsdruck für die politische und soziale Stabilität der Völker und Staaten ergeben, auf der Hand. Die Deklassierung und Entwurzelung ganzer Schichten und die Aussicht, ständig auf die Schattenseite des Lebens verbannt zu sein, waren der Nährboden, aus dem der Faschismus in den Zwischenkriegsjahren seine Kraft bezog. Die heutige Stärke des Kommunismus in Italien und in Griechenland liegt in dem Unvermögen und vielleicht auch in der Unmöglichkeit, die eigenen Menschenmassen zu absorbieren. Hier entsteht ein sozialer Gefahrenherd ersten Ranges, den zu beseitigen über die Kraft der einzelnen Regierungen geht. Früher oder später werden die Vereinigten Staaten deshalb zu einer verständnisvolleren Haltung genötigt sein. Denn nur sie allein können, in Zusammenarbeit mit den europäischen Regierungen und den aufnahmefähigen Übersee-Ländern, das Problem des europäischen Bevölkerungsüberschusses lösen, dessen Ausmaß in der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit von Millionen Menschen seinen schmerzlichen Niederschlag findet.